

# BESCHLUSS

---

**des 75. Ord. Bundesparteitages der FDP, Berlin, 28. April 2024**

---

## Freiheit (ent)steht unter Druck: Liberale Resilienz in Zeiten von Krieg, Katastrophen und Krisen

Ein besseres System als die liberale Demokratie gibt es nicht. Die liberale Demokratie ermöglicht als einzige Regierungsform die Herrschaft des Volkes, einen gewaltfreien Regierungswechsel und die freie Entfaltung der Bürgerinnen und Bürger. Denn in der liberalen Demokratie sind Wahlen und Abstimmungen frei und fair, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte geachtet und geschützt, notfalls auch gegen den Willen einer Mehrheit.

Doch die liberale Demokratie steht unter Beschuss: Sie wird von innen angegriffen durch Extremisten. Der Angriff erfolgt in Gestalt von rechtsextremem Terror, wie die NSU-Morde, der Mord an dem CDU-Politiker Walter Lübcke, der Anschlag auf die Synagoge in Halle, der Anschlag in Hanau oder der Sturm auf den Deutschen Bundestag zeigen. In deutschen Parlamenten sitzen mit der sogenannten Alternative für Deutschland (AfD) Rechtsextremisten, parlamentarische Brandbeschleuniger dieses Terrors. Die AfD spricht offen von „Remigration“ und schmiedet gemeinsam mit Nazis Pläne für die Massendeportation von Millionen Menschen, die sich legal in unserem Land aufhalten und zum Teil Deutsche sind. Liberale Demokratien müssen auch dem Machtstreben der Regierenden standhalten: In Ungarn haben wir gesehen, wie Demokratie und Rechtsstaat durch politische Einflussnahme ausgehebelt werden können. Die Diskursfähigkeit ist bedroht. Der Umgangston wird rauer. Das Internet ist geprägt von Hass, Hetze und Lügen in Gestalt systematischer Desinformation. Diese Entwicklung wirkt abschreckend auf die Wahrnehmung der Meinungsfreiheit und gefährdet den politischen Pluralismus.

Von außen wird die Demokratie durch eine unheilvolle Achse autokratischer Staaten bedroht, allen voran der Volksrepublik China, Russland und der Islamischen Republik Iran. Der russische Angriffskrieg gegen die gesamte Ukraine und der barbarische Angriff der Terrororganisation Hamas auf Israel sind die jüngste Manifestation dieser Wahrheit. Währenddessen schüren deutsche Politikerinnen und Politiker in vorauseilendem Gehorsam gegenüber dem Kreml Angst vor einem Atomkrieg und verharmlosen Kriegsverbrechen der Hamas. Die Feinde der Demokratie im In- und Ausland stützen sich gegenseitig und arbeiten Hand in Hand an der Zerstörung der Freiheit. Autokratische Regime unterwandern durch Cyberangriffe, Desinformation und strategische Korruption die Willensbildungsprozesse liberaler Demokratien.

Unser Staat wirkt im Angesicht all dieser Krisen oft langsam und schwerfällig. Auch deshalb gesellt sich zu dieser Bedrohungslage eine Vertrauenskrise in die Wettbewerbsfähigkeit der liberalen Demo-

kratie. Uns als Demokratinnen und Demokraten muss das wachrütteln. Denn nur die liberale Demokratie ist in der Lage, freiheitliche Antworten auf die Bedrohungen unserer Zeit zu finden. Deshalb werden wir uns mit aller Kraft für die liberale Demokratie einsetzen. Dazu müssen Staat und Gesellschaft eine neue Krisenfestigkeit erlernen. Dafür gibt es mit Taiwan, Israel sowie den skandinavischen und baltischen Staaten Vorbilder, wie dies gelingen kann. Es ist für Deutschland höchste Zeit, auch unter Druck freiheitliches Vorbild und nicht historische Singularität zu werden. Deshalb fordern wir:

- **„Humor over Rumor“:** Nach taiwanischem Vorbild soll die Desinformations-Taskforce im Bundesinnenministerium ausgebaut werden. Rapid-Response-Teams in den Kommunikationsabteilungen und Social-Media-Strategien der Ministerien müssen zum Standard für „Public Diplomacy“ werden. Der Verfassungsschutz muss Herkunft und Verbreitungsweise von Desinformationskampagnen systematisch erfassen und dem Parlamentarischen Kontrollgremium (PKGr) hierüber berichten.
- **Journalismus stärken:** Wir wollen Journalismus aus der Mitte der Gesellschaft heraus stärken. Für Non-Profit-Journalismus fordern wir deswegen die einfache und unbürokratische Möglichkeit der Anerkennung der Gemeinnützigkeit. Um Journalistinnen und Journalisten besser zu schützen, sollen ihre Personalien bei Strafanzeigen oder im Rahmen der Akteneinsicht bei Strafprozessen grundsätzlich nicht weitergegeben werden.
- **Cool bleiben – Medienkompetenz wie in Finnland:** Nach finnischem Vorbild wollen wir die Medienkompetenz ab der Grundschule stärken. Im Schulunterricht muss ein Verständnis für die Funktionsweise von Algorithmen, Desinformation, Deepfakes, die Manipulation von Statistiken, kognitive Verzerrungen und Propaganda geschaffen werden. Medienkompetenz muss daher fester Bestandteil aller Phasen der Lehramtsausbildung werden.
- **Schülerinnen und Schüler auf die Welt vorbereiten:** Schulen sollten die Realität möglicher Krisen wie etwa Pandemien, Katastrophen oder sogar kriegerische Auseinandersetzungen nicht ausblenden. Eine sachliche und pädagogisch fundierte Auseinandersetzung damit gehört vielmehr zum Erziehungsauftrag der Schulen. Junge Menschen sollten mit den Bedrohungen unserer Freiheit vertraut sein und lernen, mit ihnen umzugehen. Initiativen zu Zivilschutzübungen in Schulen sowie die wichtige Arbeit der Jugendoffiziere der Bundeswehr in Schulen sind zu begrüßen und, wo möglich bzw. erforderlich, auszuweiten.
- **Politische Fehlerkultur:** Politikerinnen und Politikern sind Menschen. Ihnen muss deshalb zugestanden werden, Fehler zu machen. Die Öffentlichkeit erwartet aber zu Recht, dass Fehler aufgearbeitet werden, um eine Wiederholung auszuschließen. Daher fordern wir einen Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung der gescheiterten Russlandpolitik und russischer Einflussnahme. Zudem sollte eine Enquetekommission die Fehler im Umgang mit der Corona-Pandemie aufarbeiten und Vorschläge für künftige Pandemien erarbeiten.
- **Kein Vergessen – Erinnerungskultur erneuern:** Eine lebhaftere Erinnerungskultur und die Aufarbeitung der eigenen Geschichte ist Grundvoraussetzung für eine stabile Demokratie. In Deutschland wird der Fokus dabei immer auf der Shoa liegen. Wir lehnen jeden Versuch der Relativierung entschieden ab, egal ob als Ruf nach einem Schlussstrich oder als postkoloniale Opfer-Konkurrenz. Wir sehen es als unerlässlich an, dass jede Schülerin und jeder Schüler eine Holocaust-Gedenkstätte und eine Synagoge besucht.
- **Wehrhaftigkeit der Verfassung stärken:** Das Grundgesetz hat sich als Garant für ein freiheitlich-demokratisches Deutschland bewährt. Dennoch müssen wir mit Blick auf die Entwicklungen in Polen und Ungarn feststellen, dass auch das Grundgesetz Verbesserungsbedarf aufweist. Deshalb wollen wir wesentliche Strukturmerkmale des Bundesverfassungsgerichts in

der Verfassung absichern und den verfassungsrechtlichen Schutz der Unabhängigkeit der obersten Bundesgerichte verbessern. Ebenso sollte die Anzahl der Senate und der Richterinnen und Richter, die Dauer ihrer Amtszeit, der Ausschluss ihrer Wiederwahl und die Gesetzeskraft der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts im Grundgesetz festgeschrieben werden. Auch das Wahlrecht zum Deutschen Bundestag sollte in seinen Grundzügen in der Verfassung verankert werden. So stellen wir sicher, dass zentrale Institutionen unserer Demokratie nicht durch eine einfache Mehrheit im Deutschen Bundestag entmachtet werden können. Das Diskriminierungsverbot des Art. 3 Abs. 3 Grundgesetz ist um die Merkmale der sexuellen und geschlechtlichen Identität zu erweitern.

- **Unabhängige Wahlkreiskommission stärken:** Bei der Wahlkreiseinteilung wollen wir die Wahlkreiskommission stärken. Eine Abweichung von Empfehlungen der Kommission soll künftig nur mit Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Deutschen Bundestages zulässig sein.
- **Schutz politischer Mandatsträger:** Drohungen und Gewalt gegen Politikerinnen und Politiker haben in den letzten Jahren leider stark zugenommen. Dafür ist in unserer Demokratie kein Platz. Wir fordern daher einen besseren Schutz personenbezogener Daten von Kandidierenden für politische Ämter.
- **Reform des Verfassungsschutzes:** Wir wollen den Verfassungsschutz reformieren und stärker aufstellen, um den aktuellen Herausforderungen besser gerecht zu werden sowie verlorenes Vertrauen infolge zahlreicher Skandale zurückzugewinnen. Deshalb fordern wir eine Föderalismusreform für den Verfassungsschutzverbund. Landesämter für Verfassungsschutz müssen fusionieren oder ihre Zusammenarbeit intensivieren. Gemeinsame Zentren, wie etwa das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ), müssen auf gesetzliche Grundlage gestellt werden. Für den Einsatz von V-Personen durch die Nachrichtendienste wollen wir eine gerichtsähnliche Vorabkontrolle schaffen. Das Parlamentarische Kontrollgremium wollen wir stärken.
- **Extremismusprävention bei der Polizei:** Der weit überwiegende Teil der Polizistinnen und Polizisten leistet seinen Dienst getreu der Verfassung und trägt aktiv zum Schutz unserer Rechts- und Verfassungsordnung bei. Umso wichtiger ist es, eine Unterwanderung der Polizei durch Rechtsextremisten zu verhindern. Wir fordern, dass bei jeder Bewerberin und jedem Bewerber für die Polizei eine einfache Sicherheitsüberprüfung (Ü1) durchgeführt wird. Zudem fordern wir eine Studie zu Extremismus und Rassismus bei der Polizei.
- **Dem radikalen Islamismus entschlossen entgegenzutreten:** Religiöser Autoritarismus hat keinen Platz in unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft. Deshalb wollen wir den radikalen Islamismus konsequent bekämpfen. Dazu wollen wir ausländische Einflussnahme auf Moscheen und muslimische Gemeinden in Deutschland begrenzen. Die Entsendung von Imamen nach Deutschland soll im Einzelfall untersagt werden. Die Finanzierung muslimischer Gemeinden durch Geldgeber außerhalb der EU muss aufhören. Stattdessen wollen wir die Ausbildung deutscher Imame fördern. Die Deutsche Islam Konferenz (DIK) wollen wir reformieren. Extremistische Verbände sollen aus der DIK ausgeschlossen werden. Progressive muslimische Gemeinden wollen wir einbinden.
- **Digitale Wehrfähigkeit:** Einer der Hauptkriegsschauplätze im Informationszeitalter ist der Cyber- und Informationsraum (CIR). Im CIR lassen sich defensive und offensive Aktivitäten nur schwer trennen. Um eine effektive Abschreckung zu ermöglichen, ist es wichtig, dass die Bundeswehr defensive so wie auch offensive Fähigkeiten im Cyber- und Informationsraum

aufbaut und weiter stärkt. Digitale Vergeltungsschläge (Hackbacks) auf zivile Infrastrukturen lehnen wir ab, da sie nicht die Täterinnen und Täter, sondern unbeteiligte Zivilisten treffen.

- **Ausländischen Agenten das Handwerk legen:** Wir fordern ein entschlossenes Vorgehen gegen ausländische Agentenaktivitäten. Polizeistationen der Volksrepublik China in Deutschland sind ebenso inakzeptabel wie russische Spionage in deutschen Behörden. Spionageabwehr und Gegenspionage bei den deutschen Nachrichtendiensten sind auszubauen. Die Spionageabwehr muss ausschließliche Bundeskompetenz werden. Der Aufgabenbereich des Militärischen Abschirmdienstes ist auf alle verteidigungsrelevanten Einrichtungen auszuweiten. Die Rechtsgrundlagen der einzelnen Nachrichtendienste sind im Sinne der Normenklarheit und Anwenderfreundlichkeit anzugleichen. Behörden, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und kritische Unternehmen sind verpflichtet, Spionageabwehrkonzepte zu implementieren.
- **Gesellschaft unter Druck:** Wir wollen nach israelischem Vorbild in Kooperation mit dem Leibniz-Institut für Resilienzforschung in Mainz das deutschlandweit erste Resilienz Zentrum aufbauen, um Hilfsangebote und Bewältigungsstrategien für Menschen zu schaffen, die von posttraumatischen Belastungsstörungen betroffen sind. Wir wünschen uns, dass das Resilienz Zentrum bei Erfolg perspektivisch als Vorbild für weitere Zentren dient.
- **Stärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes:** Nach dem Vorbild der schwedischen Übung „Total Defense 2020“ sollen regelmäßig gesamtgesellschaftliche Zivilschutzübungen durchgeführt werden. Vorbereitungen sind auch für hybride Angriffe und den Verteidigungsfall zu treffen. In Krisenkursen für Vertreterinnen und Vertreter von Politik, Verwaltung und Wirtschaft soll nach finnischem Vorbild das Verhalten im Ernstfall vermittelt und ein gesamtsicherheitspolitisches Verständnis gefördert werden. Den Forderungen nach Pflichtdiensten setzen wir eine Haltung entgegen, die das freiwillige Engagement für die Resilienz in Krisenzeiten von aktiven Bürgern erwartet. Wir treten deshalb dafür ein, das Ehrenamt in der Blaulichtfamilie zu stärken. Dafür streben wir bundeseinheitliche Regelungen zur Helferfreistellung an und unterstützen Feuerwehren, THW und die Organisationen der medizinischen Hilfe mit modernen Rahmenbedingungen. Wir werben für den Reservistendienst in der Bundeswehr und sorgen für Wehrübungs- und Ausbildungsangebote, die für Dienstwillige attraktiv mit den Anforderungen des zivilen Lebens vereinbar sind.